

DER BEGRIFF DER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE

Wissenschaftlicher Meinungstreif auf einer gemeinsamen Arbeitstagung der Forschungsgruppen des Bereichs Wirtschaftswissenschaften und der Sektion Marxismus-Leninismus

Zu einer gemeinsamen Arbeitstagung über diese wichtige Kategorie der marxistisch-leninistischen Theorie hatten die Forschungsgruppen des Bereichs Wirtschaftswissenschaften (Leitung Dr. Horst Richter) und der Sektion Marxismus-Leninismus (Leitung Dr. Jürgen Becker) am 11. Juni eingeladen. Die Diskussionsgrundlage zu einem lebhaften wissenschaftlichen Meinungstreif gab Genosse Dr. Horst Friedrich von der Sektion Marxismus-Leninismus. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte H. Friedrich die Marx'sche Auffassung von der Einheit der Produktionsverhältnisse mit den Eigentumsverhältnissen. Er erläuterte, daß sich in den ökonomischen Verhältnissen das Eigentum realisiere und daß die ökonomischen Verhältnisse, die die Menschen bei der Produktion materieller Güter eingehen, die Daseinsweise des Eigentums sind. Dr. Friedrich zeigte, daß die Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit Eigentumsverhältnisse sind und zwar insofern, daß es sich bei der Kategorie Eigentum um den Aneignungsprozess der Natur durch die Menschen handelt. Dr. Friedrich entwickelte seine Auffassung auf der Grundlage der Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Marx und Engels haben herausgearbeitet, so konnte Dr. Friedrich zeigen, daß Eigentum und Aneignungsprozess gleichbedeutende Begriffe sind. In dem Buch „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ schreibt Karl Marx beispielsweise: „Alle Produktion ist Aneignung der Natur von Seiten des Individuums innerhalb und vermittelt einer bestimmten Gesellschaftsformation. In diesem Sinn ist es Tautologie zu sagen, daß Eigentum (Aneignung) eine Bedingung der Produktion ist.“ Aus den genannten Gründen hält er Dr. H. Friedrich für falsch, die Eigentumsverhältnisse vor oder neben den

Produktionsverhältnissen zu verstehen und darzustellen. Nationalpreisträger Prof. Dr. Such – einer der zahlreich erschienenen Gäste der Tagung – vermittelt wertvolle Erfahrungen aus der Diskussion in der Rechtswissenschaft zu dieser Frage. Er sagte, daß sich in der Rechtswissenschaft die Auffassung, daß die Produktionsverhältnisse und die Eigentumsverhältnisse sich in ihrer Gesamtheit decken, durchgängig durchgesetzt habe. Weiterhin führte er aus, daß die statische Auffassung „Eigentum ist die Verfügung über Produktionsmittel und Produkte“ weitgehend überwunden sei und heute Fragen der Beherrschung des Prozesses der Aneignung im Mittelpunkt der Diskussion der Juristen stehen. Dabei machte Prof. Such darauf aufmerksam, daß die Rechtswissenschaft in den Begriff Eigentum die Leitung und Organisation des Aneignungsprozesses einbezieht. Er wies nach, daß Leitungsverhältnisse – angefangen von den zentralen Organen des sozialistischen Staates bis zu den Betrieben – wesentlicher Bestandteil der Produktionsverhältnisse sind. Prof. Such arbeitete in diesem Zusammenhang heraus, daß die Werktätigen die Träger des Eigentums im gesellschaftlichen System des Sozialismus sind und zwar durch ihre umfassende politische Organisation im sozialistischen Staat. Der sozialistische Staat als die umfassende politische Organisation des werktätigen Volkes legt fest, in welchem Bereich in welchem Umfang der Aneignungsprozess stattfindet. Diese wichtige Frage der sozialistischen Produktionsverhältnisse sollte bei der weiteren Diskussion und Definition dieser Kategorie stärker berücksichtigt werden. Zahlreiche andere Diskussionsredner wandten sich ebenfalls gegen eine zu enge Fassung des Begriffes Eigentum bzw. Produktionsverhältnisse.

Dr. P. Friedrich von der Sektion Marxismus-Leninismus brachte zum Ausdruck, daß das Eigentum mehr als die Stellung der werktätigen Menschen im Aneignungsprozess einschließe, insbesondere die Leitung dieses Prozesses. Er legte überzeugend dar, daß die Leitung der Wirtschaft in der sozialistischen Gesellschaftsformation nicht nur der Form nach, sondern auch dem Inhalt nach staatlich ist. Dr. P. Friedrich zeigte, daß die These von der Einheit zwischen der Kategorie Produktionsverhältnisse das Verständnis erschließt für die Einheit zwischen sozialistischer Produktionsweise und sozialistischer Lebensweise. In diesem Sinne machte Dr. Thiele vom Lehrstuhl Politische Ökonomie des Sozialismus beim Institut für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED auf den Gedankenreichtum über die sozialistische Lebensweise aufmerksam, der auf dem 10. Plenum der SED entwickelt wurde. Dr. Thiele führte aus, daß die Eigentumsverhältnisse das Kernstück der Produktionsverhältnisse sind, aber daß die Produktionsverhältnisse mehr umfassen. Diese Gesamtheit der sozialistischen Produktionsverhältnisse gelte es praktisch allseitig zu untersuchen und theoretisch exakt zu erfassen. Dr. Harder vom Franz-Mehring-Institut führte aus, daß die Gleichsetzung der Kategorie Produktionsverhältnisse mit der Kategorie Eigentumsverhältnisse nicht dazu führen darf, daß es innerhalb der Produktionsverhältnisse kein Primat der Stellung zu den Produktionsmitteln gegenüber den Austausch- und Verteilungsverhältnissen mehr gibt. Dieses Primat bestehe auf jeden Fall. Genosse Dr. Malwald (EMD) und Genosse Dr. Kurtz (Sektion Marxismus-Leninismus) machten darauf aufmerksam, daß bei der Erfassung der Kategorie sozialistische Produktionsverhältnisse noch weitere Überlegungen vom Standpunkt der Realisierung der Produktionsverhältnisse angestellt werden müssen, um die ganze Vielfalt und Tiefe dieses Begriffes zu erfassen. Erste Überlegungen zeigen bereits, wie die Redner ausführten, daß der aktiven Rolle des sozialistischen Staates und der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse und ihrer Ideologie grundlegende Bedeutung zukommt. Mehrere Redner (Dr. Schlegel und Dr. Winkler von der Sektion Marxismus-Leninismus und andere) brachten in ihren Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck, daß bei der Bestimmung der Kategorie Produktionsverhältnisse stärker die historische Entwicklung der Produktionsverhältnisse analysiert werden sollte. Beharrlich ruft die wissenschaftlich-technische Revolution wesentliche Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Werktätigen hervor. Das 10. Plenum des ZK der SED stellte die Aufgabe, die Automatisierung in größerem Umfang und systematischer durchzuführen. Durch das neue ökonomische System werden diese neuen Beziehungen zwischen den Werktätigen planmäßig und bewußt gestaltet. Es kommt sehr darauf an, die zentrale staatliche Planung immer besser mit der Tätigkeit der Betriebe und Kombinate zu verbinden. Ganz in diese Richtung der Lösung der praktischen Aufgaben bei der weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus zielen die Diskussionsbeiträge der Genossen Dr. J. Becker und Dr. H. Richter, die in ihren Forschungsgruppen verschiedene Seiten der Produktionsverhältnisse untersuchen. Beide Redner betonten, daß es darauf ankomme, den Aneignungsprozess in den Betrieben und Kombinen zu untersuchen sowie die dominierende Rolle des sozialistischen Produktionsverhältnisse noch weitere Überlegungen vom Standpunkt der Realisierung der Produktionsverhältnisse angestellt werden müssen, um die ganze Vielfalt und Tiefe dieses Begriffes zu erfassen. Erste Überlegungen zeigen bereits, wie die Redner ausführten, daß der aktiven Rolle des sozialistischen Staates und der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse und ihrer Ideologie grundlegende Bedeutung zukommt.

stischen Staates im Überbiss der sozialistischen Gesellschaft und die Rolle des sozialistischen Staates in der ökonomischen Basis der sozialistischen Gesellschaft als kollektiver Eigentümer. Dr. Becker verteidigte die Auffassung von Dr. Horst Friedrich, daß bei Marx und Engels die Produktionsverhältnisse mit den Eigentumsverhältnissen gleichbedeutend sind. Dr. H. Richter führte u. a. aus, daß die Produktionsverhältnisse ganz entscheidend für die Entwicklung der Produktivkräfte sind. Von dieser These ausgehend leitete er die Bedeutung unserer sozialistischen Produktionsverhältnisse für die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution ab, die sich im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte als objektiver Prozess vollzieht. Weiterhin hob Dr. Richter hervor, daß die Vervollkommnung des Aneignungsprozesses im ökonomischen System des Sozialismus ein maximales Wachstum der Arbeitsproduktivität erfordert. Diese Fragen sollen, wie die Forschungskonzeption des wirtschaftswissenschaftlichen Bereiches ausweist, vorwiegend im Erfolge der sozialistischen Produktion, dem Praxispartner der Karl-Marx-Universität, untersucht werden. Die Arbeitstagung der Politökonomien des Bereichs Wirtschaftswissenschaften und der Sektion Marxismus-Leninismus kann mit ihrem anregenden Gedankenaustausch als sehr wertvoll für die notwendige Zusammenarbeit der Gesellschaftswissenschaftler unserer Universität bezeichnet werden. Das wurde auch von zahlreichen erschienenen Gästen anderer Bereiche und Bildungseinrichtungen sowie Vertretern der Wirtschaftspraxis bestätigt. Es darf auch festgestellt werden, daß die Arbeitstagung nützliche Hinweise für die Lehre der Politischen Ökonomie gegeben hat.

DAS SOZIALISTISCHE BILDUNGSWESEN UND DIE STAATSMACHT

Über die Notwendigkeit, das Wesen der sozialistischen Erziehung und die systembestimmenden Elemente des sozialistischen Bildungswesens deutlich zu kennzeichnen

Es ist wahrhaftig keine Neuigkeit, daß die „pädagogische Ostforschung“ im Dienste des Imperialismus seit geraumer Zeit ihre Taktik gegenüber der sozialistischen Pädagogik geändert hat. Sie entwickelt mit wachsendem Eifer gemeinsame „industriestaatliche Tendenzen“ im Bildungswesen der sozialistischen und imperialistischen Länder, plädiert für eine immer engere „Zusammenarbeit“ für „wissenschaftlichen Kontakt mit den Pädagogen in der DDR“ für gemeinsame Beratungen über „möglichst ideologiefreie Themen“ – und belagert sich darüber, wie wenig ihr ideologischer Expertiseartikel Konvergenz im Selbstbewußtsein der Pädagogen in der DDR Niederschlag findet. Man hofft, mit dieser „neuen“ Ostpolitik in der Pädagogik die Lehrer und Wissenschaftler in den sozialistischen Ländern irreführen und die Wirksamkeit der sozialistischen Bildungssysteme untergraben zu können. Und in der Tat sind einzelne Pädagogen, die sich Marxistens nennen, dem Druck dieser wissenschaftlich drapierten Divergenz erlegen und beizutreten für die „gemeinsamen pädagogischen Probleme von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen“ zu schwärmen. In dieser Situation, in der unsere Gegner alles versuchen, um die Gegensätze zwischen sozialistischen und imperialistischen Bildungssystemen zu verwischen und unsere Erziehung ideologisch zu entschärfen, haben wir mehr Gründe als je zuvor, das Wesen der sozialistischen Erziehung und die systembestimmenden Elemente des sozialistischen Bildungswesens deutlich zu kennzeichnen. Ein repräsentatives Lehrbuch der Pädagogik, das heute in einem sozialistischen Lande erscheint, muß vor allem diesem Maßstab gerecht werden. Ende 1969 erschien im Verlag Matice Hrvatska (Zagreb) ein solches Lehrbuch unter dem Titel „Pedagogija“ in zwei Bänden. Es wurde von einer Gruppe Wissenschaftler aus Zagreb, Ljubljana, Belgrad, Zadar und Rijeka verfaßt. Im ersten Band dieses Werkes findet der Leser einen Abschnitt „Die marxistische Konzeption des Ziels und der Organisation der Erziehung und Bildung“, den er

mit einigen Befremden zur Kenntnis nehmen wird. Als erstes Merkmal einer marxistischen Bildungskonzeption wird dort nämlich hervorgehoben, daß sich Staat und Kirche aller Einflüsse auf die Erziehung und Bildung zu enthalten haben (S. 233). Das bezieht sich nicht etwa nur auf den bürgerlichen oder einen anderen Ausbeutestaat, sondern auf den Staat schlechthin. Marx, Engels und Lenin werden herangezogen, um diese eigentümliche These zu untermauern. In seiner Kritik des Göttscher Programms hatte Marx beispielsweise die Forderung nach allgemeiner und gleicher Volkserziehung durch den Staat mit der Bemerkung kommentiert: „Im preußisch-deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, daß man von einem ‚Zukunftstaat‘ spricht; wir haben gesehen, welche Bewandnis es damit sehr bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk.“) Die Verfasser des jugoslawischen Lehrbuches zitieren nur die Worte hinter der Klammer und setzen hinzu: „Und das bezieht sich gleichermaßen sowohl auf den bürgerlichen Staat, als auch auf den Staat der Arbeiterklasse.“ Auf diese höchst einfache, wenn auch nicht gerade wissenschaftliche Weise, wird die Aussage von Marx in ihr unzulässiges Gegenteil verkehrt, der Staat der Arbeiterklasse dürfe sich nicht in die Erziehung eben dieser Arbeiterklasse einmischen. Ähnlich großzügig verfahren die Verfasser auf S. 234 mit dem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. Sie verweisen auf verschiedene Stellen der von Engels verfaßten Einleitung und der dritten Marx'schen Adresse, die sich mit dem Verhältnis der Pariser Kommune zur Staatsmacht befassen. Die Klassiker des Marxismus weisen hier nach, daß die Kommune den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen mußte und sich gleichzeitig gegen die eigenen Abgeordneten und Beamten sicherte (d. h. gegen Karrierismus und Amtsnutzeinbruch), indem sie deren allgemeine Wahl und jederzeitige Absetzbarkeit einführte. Marx spricht weiter davon, daß die Kommune den Unterricht „von aller Einmischung des Staates und der Kirche gereinigt“ habe, und fügt hin-

zu: „Damit war nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenverhältnis und die Regierungsgewalt anferliegenden Fesseln befreit.“ Marx meint also die Einmischung jenes Staates, der dem Klassenverhältnis diene und seine Regierungsgewalt benutzte, um der Wissenschaft Fesseln anzulegen – das heißt des bürgerlichen, bonapartistischen Staates. Die Verfasser der „Pedagogija“ stellen dagegen die Dinge so dar, als habe die Kommune gegen den Staat schlechthin gekämpft und seine Einmischung in Bildungstragen unterbunden. Sie „vergessen“ die Hinweise von Marx, unter den Bedingungen der Kommune sollten die wenigen, aber wichtigen Funktionen der Zentralregierung „nicht, wie dies absichtlich geflücht worden, abgeschafft“, sondern streng verantwortlichen Beamten übertragen werden. Sie „vergessen“ selbstverständlich erst recht die Bemerkung, die Kommune sei müßig geworden als „eine übertriebene Form des alten Kampfes gegen Überzentrallisation“, als „Versuch, einen Bund kleiner Staaten, wie Montesquieu und die Girondins ihn träumten, an die Stelle ihrer Einheit großer Völker zu setzen, die, wenn ursprünglich durch Gewalt zustande gebracht, doch jetzt ein mächtiger Faktor der gesellschaftlichen Produktion geworden ist.“ Diese Äußerungen von Marx richten sich auch gar zu deutlich gegen die heutigen Konstrukteure des fiktiven Gegensatzes von sozialistischer Staatsmacht und Selbstverwaltung der Arbeiterklasse, gegen die Apopte der Dezentralisierung! Als Kronzeuge ihrer antistaatlichen Bildungskonzeption versuchen die Verfasser der „Pedagogija“ Lenin ins Feld zu führen. Sie beziehen sich dabei auf jene Stelle aus den „Materialien zur Revision des Parteiprogramms“, an der Lenin vor schlägt, das Volkswirtschaftswesen den örtlichen Selbstverwaltungsorganen zu übergeben und jede Einmischung der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne oder die Auswahl des Lehrpersonals zu unterbinden. Nur übergehen sie dabei mit Schweigen, daß diese Forderung im Frühjahr 1917 für die Bedingungen der bürger-

lichen Republik aufgestellt wurde. Lenin wollte damit für die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte eine Möglichkeit schaffen, wenigstens im örtlichen Maßstab der reaktionären bürgerlichen Erziehung, hinter der die Zentralgewalt stand, einen Riegel vorzuschieben. In den Leninischen Entwürfen zu einem Parteiprogramm nach dem Sieg der Oktoberrevolution¹ und dem Programm, das der VIII. Parteitag der KPR (B) unter maßgeblicher Beteiligung Lenins im März 1919 annahm, wird man ähnliche Festlegungen vergebens suchen. Stattdessen lesen wir dort: „In der Periode der Diktatur des Proletariats, das heißt in der Periode der Vorbereitung der Bedingungen, die die vollständige Verwirklichung des Kommunismus ermöglichen, darf die Schule nicht nur Vermittler der Prinzipien des Kommunismus im allgemeinen sein, sondern sie muß auch Vermittler des ideologischen Einflusses des Proletariats auf die halbproletarischen und nichtproletarischen Schichten der werktätigen Massen sein, um eine Generation zu erziehen, die fähig ist, den Kommunismus endgültig zu errichten.“² Über diesen klaren Klassenauftrag an das sozialistische Bildungswesen, der ohne demokratischen Zentralismus nicht erfüllt werden kann, schweigen sich die Autoren des jugoslawischen Lehrbuches ebenso aus wie über die ersten, von Lenin unterzeichneten schulpolitischen Dekrete der Sowjetmacht, die das Bildungswesen eindeutig nach dem Prinzip der Staatlichkeit organisierten. In den Jahren vor und nach der Revolution von 1948/49 diskutierten in Deutschland liberale und demokratische Pädagogen gleichfalls über die Frage, ob man die Schulen dem Staat oder den Gemeinden unterstellen solle. Der kleinbürgerlich-demokratische Lehrer Karl Friedrich Wilhelm Wander rechtfertigte damals sein Eintreten für die Staatlichkeit der Schule mit der Bemerkung, er habe dabei einen Staat vorausgesetzt, „der durch Gesetze und nicht Kabinetts-Ordern und Reskripte regiert werde; einen Staat, wo die Bürger im Besitz ihrer natürlichen Rechte,

der Denk-, Sprach- und Schreibfreiheit, des Assoziationsrechtes usw., einen Staat mit freier Verfassung, wie er sein soll.“³ Wander, der vom Marxismus meilenweit entfernt war, machte also das Verhältnis von Staatsmacht und Bildungswesen weit stärker vom Charakter des Staates abhängig als die heutigen Gegner des „Etatismus“, die im Namen des Marxismus sprechen möchten. Der sozialistische Staat ist das als herrschende Klasse organisierte Proletariat.⁴ Er ermöglicht nicht nur die subürgerliche Initiative der Volksmassen, sondern sie macht geradezu sein Wesen aus. Er organisiert die breiteste Einbeziehung der Werktätigen in die Planung, Regierung und Gestaltung der Gesellschaft. Den Einfluß dieses Staates auf das Bildungswesen negieren heißt, den Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Ideologie schwächen. Die Anhänger einer solchen Konzeption besorgen die Geschäfte der imperialistischen Konvergenztheoretiker. Deshalb wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen sie.

Anmerkungen

- ¹ Industriestaatliche Tendenzen im Bildungswesen der beiden Teile Deutschlands, Verlag Julius Bots, Weinheim und Westhofen 1967, S. 4, 20, 120 f.
- ² Pedagogija (Prag), Nr. 6/1969, S. 212
- ³ Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 77
- ⁴ Ebenda, Bd. I (1960), S. 405 f., 411 ff.
- ⁵ Ebenda, S. 481
- ⁶ Ebenda, S. 482
- ⁷ Ebenda, S. 483
- ⁸ W. I. Lenin: Werke, Bd. 34, Dietz Verlag, Berlin 1968, S. 473
- ⁹ Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 39, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 95 f. und 116 f.
- ¹⁰ Nadeschda Konstantinowa Krupnikaja: Sozialistische Pädagogik, Bd. II, Volk und Wissen Volksgenossener Verlag, Berlin 1964, S. 68
- ¹¹ Karl Friedrich Wilhelm Wander: Volk und Wissen Volksgenossener Verlag, Berlin 1934, S. 112
- ¹² W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 414